

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Martin Schmidt, Fraktion der AfD**

**Stellenentwicklung im Leitungsbereich des Ministeriums für Justiz,  
Gleichstellung und Verbraucherschutz**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

1. Wie setzt sich der Leitungsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz seit dem 1. Januar 2017 zusammen (bitte je Jahr Angabe der zum Leitungsbereich gehörenden Funktionen sowie hinzugekommener/weggefallener Funktionen und dem Monat des Hinzukommens/Wegfalls einer Funktion)?

Der Leitungsbereich setzte sich im Berichtszeitraum wie folgt zusammen:

<b>Dienstposten</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>01- 11/2021</b>	<b>12/2021 - 03/2022</b>	<b>seit 01.04.2022</b>
Ministerin	x	x	x	x	x	x	x
Staatssekretär/in	x	x	x	x	x	x	x
Koordinierungsstelle Bundesangelegenheiten (KStB)	x	x	x	x	x	x	-
Koordinierungsstelle Parlaments- und Kabinetts- angelegenheiten (KStL)	x	x	x	x	x	-	-
Koordinierungsstelle (KSt)	-	-	-	-	-	-	x
Persönlicher Referent (PR)	x	x	x	x	x	x	x
Pressesprecher (PS)	x	x	x	x	x	x	x
Leiter Ministerbüro (LMB)	-	-	-	-	-	x	x
Bürosachbearbeiterin	x	x	x	x	x	x	x
Vorzimmer M	x	x	x	x	x	x	x
Vorzimmer St	x	x	x	x	x	x	x

Die Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz hat namens der Landesregierung die Kleine Anfrage mit Schreiben vom 22. Juni 2023 beantwortet.

2. Wie entwickelte sich die Anzahl der Stellen und der Stelleninhaber je Besoldungs-/Entgeltgruppe im Leitungsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz seit dem 1. Januar 2017 (bitte Angabe je Jahr)?

Die Angaben werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht.

3. Wie viele Bewerber wurden im Leitungsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz seit dem 1. Januar 2017 eingestellt (bitte je Jahr die Anzahl der eingestellten Bewerber inklusive Besoldungs-/Entgeltgruppe und Funktionsbezeichnung angeben)?

Seit 2017 wurden ausschließlich nach der Regierungsneubildung 2021 zwei Einstellungen vorgenommen – der Persönliche Referent (PR) und der Leiter des Ministerbüros (LMB). Beide sind befristet für die Amtszeit der Ministerin eingestellt\*).

Im Übrigen wurden die Dienstposten im Leitungsbereich ausschließlich mit Stammmitarbeitenden des Ministeriums oder mit aus den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes abgeordneten Personen besetzt.

---

\* Die Angaben zu den Besoldungs- und Entgeltgruppen werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht in der Datenbank des Landtages veröffentlicht.

4. Bei wie vielen Einstellungen von Bewerbern gemäß Frage 3 wurde
  - a) auf eine Stellenausschreibung verzichtet?
  - b) auf eine öffentliche Stellenausschreibung verzichtet?(Bitte je Jahr die Besoldungs-/Entgeltgruppe und Funktionsbezeichnung der durch die Einstellung zu besetzenden Stelle angeben.)

Die Fragen 4a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Bei beiden in der Antwort zu Frage 3 genannten Einstellungen wurde auf eine Stellenausschreibung verzichtet.

5. Was war im jeweiligen Einzelfall der Grund und die Rechtsgrundlage für den Verzicht auf eine Stellenausschreibung bzw. öffentliche Stellenausschreibung?

(Bitte je Jahr die Besoldungs-/Entgeltgruppe und Funktionsbezeichnung der durch die Einstellung zu besetzenden Stelle angeben.)

Gemäß § 4 der Landesverordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern (Allgemeine Laufbahnverordnung – ALVO M-V) besteht eine Pflicht zur Stellenausschreibung unter anderem nicht bei

- Stellen der persönlichen Referentinnen und Referenten der Ministerinnen und Minister,
- Stellen der Leiterinnen und Leiter der Ministerinnen und Minister, soweit es sich nicht um eine Einstellung in das Beamtenverhältnis handelt.

Auf die Stellenausschreibung wurde wegen der besonderen Vertrauensstellung zur Ministerin verzichtet.

6. Wie viele Bewerber gemäß Frage 3 wurden

a) sofort unbefristet eingestellt?

b) befristet eingestellt?

c) nach Ablauf einer befristeten Einstellung unbefristet weiterbeschäftigt?

(Bitte je Jahr die Anzahl der ohne öffentliche Stellenausschreibung eingestellten Bewerber angeben.)

**Zu a)**

Es wurde kein Bewerber unbefristet eingestellt.

**Zu b)**

Es wurden zwei Bewerber befristet eingestellt (siehe Antwort zu Frage 3).

**Zu c)**

Es wurde kein Bewerber unbefristet weiterbeschäftigt.

7. Wie viele Stelleninhaber im Leitungsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz sind seit dem 1. Januar 2017
- a) auf andere Stellen innerhalb des Landesdienstes gewechselt?
  - b) aus den Landesdienst mit welchem Ziel ausgeschieden [bitte je Jahr sowie bei Frage 6 a) angeben, ob der Wechsel auf eigenen Wunsch oder aufgrund dienstlicher Veranlassung erfolgte]?

**Zu a)**

Seit 2017 sind fünf Mitarbeitende, die im Abordnungswege im Ministerium tätig waren, nach ihrem Einsatz im Leitungsbereich auf Dienstposten bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften gewechselt.

**Zu b)**

Die ehemalige Staatssekretärin wurde nach der Regierungsneubildung 2021 in den einstweiligen Ruhestand versetzt (dienstlich veranlasst).  
Ein Mitarbeiter des Leitungsbereiches wurde 2022 auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt.

8. Wie viele Einstellungen von Abteilungsleitern des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz gab es seit dem 1. Januar 2017
- a) überhaupt?
  - b) unter Verzicht auf eine Stellenausschreibung?
  - c) unter Verzicht auf eine öffentliche Stellenausschreibung?  
[Bitte je Jahr und je Fall, warum auf eine (öffentliche) Stellenausschreibung verzichtet/nicht verzichtet wurde, angeben]?

**Zu a)**

Seit 2017 wurden drei Abteilungsleiter-Dienstposten wie folgt neu besetzt:

- 1 x 2017 Übertragung des Dienstpostens im Rahmen einer zweijährigen Erprobungszeit,  
2019 Übertragung des Dienstpostens auf Dauer
- 2 x 2019 Übertragung des Dienstpostens im Rahmen einer zweijährigen Erprobungszeit,  
2021 Übertragung des Dienstpostens auf Dauer

In keinem Fall erfolgte eine (Neu)-Einstellung. Die Kandidaten wurden aus dem Kreis der Stammmitarbeitenden des Ministeriums beziehungsweise der Gerichte und Staatsanwaltschaften ausgewählt.

**Zu b) und c)**

Eine Stellenausschreibung erfolgt in keinem Fall. Gemäß § 4 ALVO M-V besteht eine Pflicht zur Stellenausschreibung unter anderem nicht für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter in den obersten Landesbehörden.